

# **SOZIS GEGEN DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG**

*Mitgliederbegehren zur Vorratsdatenspeicherung innerhalb der SPD*

Dennis Morhardt | Ginsterweg 4 | 37077 Göttingen

## **SPD-Parteivorstand**

Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstraße 140  
10963 Berlin

**Sehr geehrte Genossinnen und Genossen,**

hiermit zeigen wir, die Initiatoren,

- I. **Yasmina Banaszczuk**  
*Ortsverein Horn, Unterbezirk Hamburg-Mitte*
- II. **Dennis Morhardt**  
*Ortsverein Weende, Unterbezirk Göttingen*

gemäß der Richtlinie zur Durchführung von Mitgliederbegehren folgendes Mitgliederbegehren auf Bundesebene gerichtet an den Bundesparteivorstand zur Änderung der Position zur Vorratsdatenspeicherung an:

**»Die SPD lehnt eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (Mindestdatenspeicherung) von Kommunikationsdaten, wie Telefon- und Internetverbindungen sowie Standortdaten, in jeglicher Form ab. Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine Änderung der Richtlinie 2006/24/EG ein, um den Datenschutz zu stärken und eine Nicht-Einführung zu ermöglichen.«**

## **Begründung:**

*Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger dar. Wir lehnen die grundsätzliche, verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (euphemistisch auch Mindestdatenspeicherung genannt) von Telefon- und Internetverbindungen ab, da sie mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar ist.*

Fortsetzung auf Seite 2

**Mitgliederbegehren zur  
Vorratsdatenspeicherung**  
»Sozis gegen die  
Vorratsdatenspeicherung«

**Initiatoren:**  
Yasmina Banaszczuk  
Dennis Morhardt  
<http://sozis-gegen-vds.de/>

Postfach 28 06  
37018 Göttingen  
Telefon: 0176 / 840 25 950  
[info@sozis-gegen-vds.de](mailto:info@sozis-gegen-vds.de)

*Eine großflächig eingesetzte technische Infrastruktur zur Überwachung und Speicherung von Telekommunikationsdaten passt zudem nicht in unser Bild einer modernen und solidarisches Gesellschaft. Entsprechend lehnen wir die Wiedereinführung einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab und sprechen uns vehement gegen eine Gesetzesinitiative in diese Richtung aus. Die Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung ist zu überarbeiten, um die Mitgliedsstaaten von der Überwachungspflicht zu befreien und gleichzeitig Überwachungsexzesse, wie sie in anderen EU-Staaten stattfinden, zu beschränken.*

*Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unangemessenes Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Zusätzlich birgt die Speicherung von Telekommunikationsdaten durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das nicht mit vermeintlichen - aber nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten, müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein.*

*Wir warnen davor, dass durch Forderungen nach einer umfassenden Vorratsdatenspeicherung die langwierige inhaltliche, vertrauensbildende Arbeit von Netzpolitikerinnen und Netzpolitikern in den Fraktionen und Basisgruppen der SPD zunichte gemacht wird. Des Weiteren weisen wir auf die mittlerweile 40 Beschlüsse gegen die Vorratsdatenspeicherung von verschiedenen Gliederungen, von Ortsvereinen bis zu Landesverbänden, hin. Das zeigt, dass die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung auf breiter Basis innerhalb der SPD fußt und das Thema uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig ist.*

**Wir würden uns über die aktive Unterstützung durch den Parteivorstand für dieses Begehren freuen und bieten eine konstruktive Zusammenarbeit an. Bei Fragen oder Anregungen stehen wir gerne persönlich zur Verfügung.**